

# § 129-Verfahren in Dresden

In den letzten Jahren sind in Dresden zunehmend linke Strukturen in den Fokus der Politik und Strafverfolgungsbehörden gerückt. Woher kommt dieses verstärkte Interesse? Schon seit längerer Zeit laufen in Dresden Ermittlungen nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen Teile der radikalen Linken. Seitdem gibt es nachweislich Telekommunikationsüberwachungen (TKÜ) und andere umfassende Überwachungsmaßnahmen. Die Vorwürfe stellen einen Querschnitt alltäglicher linker Politik dar, die von der Organisation des notwendigen antifaschistischen Selbstschutzes bis zur Teilnahme an Demonstrationen im In- und Ausland reichen. Am 19. Februar 2011 wollten die Ermittlungsbehörden dann offenbar gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Eine Razzia im „Haus der Begegnung“ und dem Verein „Roter Baum e.V.“ richtete sich nicht nur gegen die Personen, die im Ermittlungsfokus der imaginierten kriminellen Vereinigung stehen, sondern gegen das gesamte Bündnis Dresden-Nazi-frei. Doch es kam nicht nur zu dieser Hausdurchsuchung, auch über eine Million Handydatensätze wurden gesammelt. Dabei handelt es sich nicht nur um Daten von betroffenen Personen des § 129 Verfahrens, sondern auch um Daten von allen Menschen, die sich im Stadtgebiet aufhielten. Nach diesen Übergriffen am 19. Februar kam es zu weiteren Razzien in den folgenden Monaten. Diese fanden in nicht nur in Sachsen sondern bundesweit statt. Auch im Jahr 2012 wurden weitere Razzien durchgeführt. Diesmal diente auch ein Brandanschlag auf die Offiziersschule des Heeres als Legitimation. Das Verfahren gegen einen Pfarrer aus Jena wurde am 19. August 2011 vorläufig auf Eis gelegt. Desweiteren kam es am 13. Juli 2012 zu 21 Einstellungen mit Bezug auf die im HDB gerazzten Personen. Die Durchsuchungen müssen als Teil vielfältiger juristischer und repressiver Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen linke Strukturen in Sachsen eingeordnet werden. Solange nach §129 ermittelt wird, werden sie wohl nichts ungenutzt lassen, um die Dresdner Szene zu durchleuchten und zu kriminalisieren. Dabei ist es zweifelhaft, ob das Konstrukt der kriminellen Vereinigung aufrecht erhalten wird. Wir gehen davon aus, dass eine Auswahl einzelner Beschuldigter erfolgen wird. Betroffen werden soll der (vermeintliche) militante Kern. Wir sehen darin den Versuch, die Spaltung und Entsolidarisierung zwischen der radikalen Linken und der Zivilgesellschaft zu verstärken, mit dem Ziel der Zerstreuung, Verunsicherung, Lähmung, politischen Isolation und praktischen Handlungsunfähigkeit.

**Dem gilt es entschlossen entgegenzuwirken!**